

Professor Dr. Franz-Christoph Zeitler
Vizepräsident
der Deutschen Bundesbank

**Zur Stabilität des deutschen Bankensystems:
Erfolge und Risiken auf dem Weg aus der Krise**

Präsentation des Finanzstabilitätsberichts
am 25. November 2010
in Frankfurt am Main

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 8

Inhalt

1	Möglichkeiten und Grenzen vorausschauender Stabilitätsanalyse	2
2	Lage des Bankensystems: Gesamteinschätzung	3
3	Ertragslage	3
4	Kreditzyklus	4
5	Refinanzierung.....	6
6	Kapitalstärkung und Verbesserung der Bilanzstruktur (balance sheet repair)	6
7	Vermeidung eines „bankaufsichtlichen Protektionismus“	8

1 Möglichkeiten und Grenzen vorausschauender Stabilitätsanalyse

Ein Finanzstabilitätsbericht soll mögliche Probleme und Konfliktfelder für die Finanzstabilität darstellen, bewerten und idealiter Lösungsansätze präsentieren.

Die Vorlage eines solchen Berichts enthält naturgemäß ein inhärentes Risiko. Die Vorbereitung benötigt einen zeitlichen Vorlauf für Analyse, Abstimmung und technische Umsetzung. In Zeiten hochfrequenter Information und volatiler Märkte besteht das Risiko, dass die zugrunde gelegte Marktsituation rasch veraltet. Ziel des Stabilitätsberichts der Bundesbank ist es daher, die tieferliegenden Strukturen und die daraus abgeleiteten Risiken darzustellen. Dennoch gilt der Vorbehalt: „Was wir ersinnen, ist des Zufalls Spiel“ (Shakespeare, Hamlet III, 2).

2 Lage des Bankensystems: Gesamteinschätzung

Die realwirtschaftliche Erholung strahlt auch positiv auf die Situation der Kreditwirtschaft aus. Die zentrale Botschaft lautet deshalb: Die Situation der deutschen Kreditwirtschaft ist besser als noch vor Jahres- oder gar Zweijahresfrist. Und: Sie ist besser geworden als erwartet. Es gibt auch keine Hinweise, wonach die deutschen Kreditinstitute nicht in der Lage wären, den Konjunkturaufschwung in Deutschland mit ausreichendem Kreditangebot zu begleiten.

Die positive Grundbotschaft darf aber nicht ablenken von der Tatsache, dass die Krise noch nicht überwunden ist, darf nicht ablenken von zahlreichen Risiken. Umgekehrt sollte die Darstellung der Risiken auch nicht als Aufruf für eine „self-fulfilling prophecy“, sondern als Herausforderung nach dem Motto „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt“ angesehen werden.

3 Ertragslage

Die Ertragslage der deutschen Banken hat im Aggregat und in den meisten Einzelfällen wieder ins Positive gedreht. Ertragsseitig liegt die Ursache bei den großen Banken neben guten Provisionserträgen vor allem im Bewertungsergebnis, also einer geringeren als erwarteten Kreditrisikovorsorge für das Jahr 2010. Die „Stunde der Wahrheit“ beim Kreditrisiko steht allerdings noch aus; sie schlägt bekanntlich bei der Bilanzaufstellung und der vorhergehenden Periode der „Bilanzerhellung“.

Bei den kleineren und mittelgroßen Banken verbessert sich der Zinsüberschuss, auch durch Ausnutzung der steilen Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Möglichkeiten zur

Fristentransformation. Das Zinsänderungsrisiko ist jedenfalls – gemessen am „Baseler Zinsschock“ – in den letzten zwei Jahren um gut zwei Prozentpunkte auf 13 ½ % der Eigenmittel gestiegen, liegt aber noch unterhalb der im 4. Quartal 2009 erreichten Spitze von über 15 %.

Aktuell beträgt die Differenz zwischen 3-Monats- und 10-Jahreszins zwei Prozentpunkte. Ein Rückgang auf die Werte wie vor der Krise – z.B. im Juni 2007 (50 BP) – ginge mit einem nennenswerten Rückgang des operativen Ergebnisses aus dem Kreditgeschäft einher, soweit dieses durch Fristentransformation beflügelt wird. Für die Aufsicht sind daher Zinsänderungsrisiken und ihr Management durch die Banken ein Punkt auf der Risikolandkarte des kommenden Jahres. Neben der verstärkten Thematisierung in den regelmäßigen Aufsichtsgesprächen ist auch geplant, den „Baseler Zinsschock“ von +130/-190 BP auf die international üblichen +/-200 BP auszuweiten.

4 Kreditzyklus

Die deutsche Konjunktur hat sich deutlich rascher und vitaler von dem Einbruch des Jahres 2009 erholt als erwartet. Parallel hat sich auch die Kreditqualität nicht in dem Maße verschlechtert wie erwartet. Von den im Stabilitätsbericht 2009 ursprünglich angenommenen 50 bis 75 Mrd. Euro Wertberichtigungsbedarf – einschl. Abschreibungen auf Wertpapiere bis zu 90 Mrd. Euro – für die Jahre 2009 und 2010 werden vermutlich für das Kreditrisiko etwa 60 Mrd. Euro tatsächlich benötigt; Kursverluste auf breiter Front für strukturierte Wertpapiere gab es nicht. Auch der erwartete Bedarf an Wertberichtigungen für das kommende Jahr, der naturgemäß stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängt, liegt mit 23 Mrd. Euro (für das Kreditrisiko) deutlich unter den noch vor Jahresfrist angenommenen Planwerten.

Auf der positiven Kreditrisikoentwicklung liegt aber noch der Schatten der Immobilienkrise in vielen Ländern: Die größten deutschen Banken haben auf ihren Bilanzen noch Risikopositionen aus strukturierter Immobilienfinanzierung von ca. 100 Mrd. Euro, davon knapp 80 % über RMBS und gut 20 % CMBS, deren Risikostruktur sich im Laufe der vergangenen zwei Jahre – auch durch den Abbau höherwertiger und damit marktgängiger Positionen – kontinuierlich verschlechtert hat. Auf der anderen Seite sind etwa 28 % der RMBS US-Agency-Papiere, die im Hinblick auf die faktische Regierungsgarantie ein AAA-Rating aufweisen. Auch wenn die tatsächlichen Ausfälle bisher gering sind – im unteren einstelligen Prozentbereich – und das Risiko beherrschbar scheint, wird die Zukunft zeigen, inwieweit sich Verluste und Abschreibungsbedarf durch die „Wasserfallstruktur“ der Verbriefungen noch durcharbeiten werden.

Am Beispiel der USA: Solange – wie derzeit – 95 % der US-Hypotheken von den halbstaatlichen Finanzinstitutionen (Fannie Mae und Freddie Mac) übernommen und damit mittelbar von der öffentlichen Hand finanziert oder garantiert werden, kann man jedenfalls nicht von einer Rückkehr des Marktvertrauens am Immobilienmarkt sprechen. Die aktuellen Probleme bei Zwangsversteigerungen zeigen überdies nicht nur erhebliche Lücken in der rechtlichen Infrastruktur auf, sondern bedeuten für manche Banken in den USA auch das Risiko eines „put back“, der Forderung der Investoren nach Rücknahme verbrieftter Immobilienkredite.

5 Refinanzierung

Die Funding-Situation der deutschen Banken ist zumindest in der kurzen Frist wieder in den „Normalmodus“ zurückgekehrt, was zeigt, dass das Vertrauen im Bankensystem wieder zugenommen hat. Jedenfalls kürzere und mittlere Laufzeiten können am Geldmarkt ohne größere Probleme refinanziert werden. Wir sehen dies auch an der deutlich gesunkenen Überschussliquidität der Institute im Eurosystem und der daraus folgenden geringeren Inanspruchnahme der Einlagenfazilität des Eurosystems. In der längeren Frist finden „Premiumprodukte“ wie der deutsche Pfandbrief mit seinem soliden Rechtsrahmen und seiner transparenten, nachvollziehbaren Struktur guten Absatz.

Das Refinanzierungsprofil für deutsche Banken zeigt allerdings alleine im kommenden Jahr einen Bedarf von bis zu 340 Mrd. Euro; im Euroraum insgesamt über 800 Mrd. Euro. Hinzu kommt ein konkurrierender Refinanzierungsbedarf der öffentlichen Hand – in der EU wiederum bis 800 Mrd. Euro.

6 Kapitalstärkung und Verbesserung der Bilanzstruktur (balance sheet repair)

Die Bilanzstruktur der kleineren deutschen Banken und der Verbundinstitute (mit hohem Anteil an Buchkrediten an privaten und Unternehmen auf der Aktivseite und hohem Anteil an Kundeneinlagen auf der Passivseite) hat sich in der Krise bewährt; auch die Kapitalausstattung dieser Institute ist gut. Anpassungsbedarf hingegen hat die Krise gerade bei den größeren Instituten gezeigt; und deren Bilanzstruktur ist in den letzten beiden Jahren kontinuierlich robuster geworden. Zum einen haben diese Banken ihre Haftungsbasis gestärkt; die Kernkapitalquote der großen Institute hat sich in den letzten zwei Jahren um gut

zwei Prozentpunkte auf 10 ½ % erhöht. Parallel dazu haben sie in der Spitze ca. 1 Bio. Euro Bilanzpositionen abgebaut. Der Abbau betraf dabei überwiegend Positionen mit schlechter Prognose: Seit 2008 sank die Bilanzsumme um 10 %; die risikogewichteten Aktiva um fast das Doppelte. Die Auflagen der EU-Kommission lassen noch weitere 1.000 Mrd. Euro Bilanzsummenabbau erwarten, die zu einem Teil schon in interne „restructuring units“ oder externe Abwicklungseinheiten eingestellt sind.

Als Ruhepolster ist die verbesserte Kapitalausstattung gleichwohl nicht zu sehen. Nach einer Schätzung im Stabilitätsbericht ist mit einem Kapitalbedarf bis Ende 2018 durch die neuen Aufsichtsregeln Basel III von ca. 50 Mrd. Euro zu rechnen. Angesichts der Datenlage sind diese Zahlen nur als grobe Richtgröße zu sehen; auf der einen Seite berücksichtigen sie nicht mögliche zusätzliche Belastungen durch die künftigen Liquiditätsstandards und die Leverage Ratio, andererseits auch nicht die entlastende Wirkung der „grandfathering“-Regeln und der teilweisen Anerkennung von sog. Abzugspositionen (latente Steuerguthaben, Finanzbeteiligungen). Nach den Erfahrungen der Vergangenheit wird der größte Teil dieses Betrags durch Gewinnthesaurierungen abzudecken sein, daneben werden aber gerade die großen Banken an den Märkten um zusätzliches Kapital konkurrieren. Einen Teil des Kapitalbedarfs kann aber wohl auch durch Portfoliooptimierung und aktive Geschäftspolitik – z. B. Kreditvergabe mit unterdurchschnittlichen Risiken wie gewerblicher und privater Hypothekarkredit, granularer Unternehmenskredit – und den Abbau hochriskanter Positionen („first loss“ von Tranchen bei Verbriefungen mit Kapitalabzug) erreicht werden. Der historische Vergleichswert aus der Umsetzung von Basel II betrug seinerzeit etwa 10 % des Eigenkapitalbedarfs.

Die neuen Baseler Eigenkapitalregeln werden auch die Erwartungen an die Rentabilität der Institute beeinflussen. Höhere Kapitalquoten und Kapitalpuffer bedeuten zunächst einen

höheren Haftbeitrag der Eigentümer, bedeuten niedrigere Hebel und Risikobegrenzung. Sie bedeuten umgekehrt aber auch – jedenfalls kurzfristig – niedrigere relative Gewinne (niedrigere Eigenkapitalrenditen/return on equity). Es ist eine gemeinsame Aufgabe der Kreditwirtschaft, aber auch der Aufsicht und der Politik, diese Zusammenhänge aktiv zu kommunizieren; es geht darum, zu werben, dass ein stabileres und nachhaltigeres Finanzsystem mit höheren Eigenkapitalquoten und dafür niedrigerer Eigenkapitalverzinsung, aber dafür dauerhaft stabileren Erträgen und einer gefestigten Marktbewertung der Institute einhergeht.

7 Vermeidung eines „bankaufsichtlichen Protektionismus“

Über den deutschen Fokus hinaus sollte bei der weltweit anstehenden Umsetzung bankaufsichtlicher Regelungen Folgendes sorgfältig beobachtet werden: In einigen Ländern gibt es eine gewisse Tendenz zu „bankaufsichtlichem Protektionismus“, zu besonderen Anforderungen an ausländische Niederlassungen, die einem bankaufsichtlichen „ring fencing“ unterzogen werden. Ein solches „Hochziehen von Zäunen“ mag für den einen oder anderen Staat nach den Erfahrungen der Krise verlockend sein. Weltweit wäre eine solche Tendenz aber mit weniger effizienter Kapitalallokation und damit Wohlstandsverlusten verbunden.

* * *